

Rainer Sprengel: Bibliothek, Ehrenamt und Zivilgesellschaft. Ergebnisse einer bundesweiten Bibliotheksbefragung des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. (dbv) und ihre Einordnung in die aktuelle engagementpolitische Debatte

Begriff und Inhalt des bürgerschaftlichen Engagements sind in den letzten zehn Jahren zu einem eigenen Politikfeld von der kommunalen bis zur Europaebene gewordenⁱ. Das war vor gut 10 Jahren, als die „Enquete Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements des 14. Deutschen Bundestages“ im Jahr 2002 ihren Bericht mit folgender Definition vorlegte, nicht abzusehen gewesen. Nach wie vor orientieren sich die meisten Akteure im engagementpolitischen Feld an der damals eingeführten Definition:

„Bürgerschaftliches Engagement ist eine freiwillige, nicht auf das Erzielen eines persönlichen materiellen Gewinns gerichtete, auf das Gemeinwohl hin orientierte, kooperative Tätigkeit. Sie entfaltet sich in der Regel in Organisationen und Institutionen im öffentlichen Raum der Bürgergesellschaft. Selbstorganisation, Selbstermächtigung und Bürgerrechte sind die Fundamente einer Teilhabe und Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen. Bürgerschaftliches Engagement schafft Sozialkapital, trägt damit zur Verbesserung der gesellschaftlichen Wohlfahrt bei und entwickelt sich, da es von den Bürgerinnen und Bürgern ständig aus der Erfahrung ihres Lebensalltags gespeist wird, als offener gesellschaftlicher Lernprozess. In dieser Qualität liegt ein Eigensinn, der über den Beitrag zum Zusammenhalt von Gesellschaft und politischem Gemeinwesen hinausgeht.“ⁱⁱ

In meinem Beitrag sollen zentrale Befunde einer bundesweiten Bibliotheksbefragung des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V. für das Tagungsthema fruchtbar gemacht werden. Dazu gehört auch die Einordnung dieser Ergebnisse und der Debatte um Ehrenamt in Bibliotheken in den engagementpolitischen Diskurs, wie er sich in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat. Solch eine Vergewisserung über Reichweite und Bedeutung des engagementpolitischen Diskurses trägt dazu bei, Debatten zu vermeiden, die aus der Zeit gefallen sind.

Daraus ergibt sich folgender Dreischritt meines Beitrags:

- A) Engagementpolitik, Zivilgesellschaftspolitik und Praxis
- B) Zentrale Ergebnisse einer bundesweiten Bibliotheksbefragung des Deutschen Bibliotheksverbandes e.V
- C) Einordnung in engagementpolitische Debatte

A) Engagementpolitik, Zivilgesellschaftspolitik und Praxis

Lassen Sie mich mit zwei Beispielen aus Landes- und Bundespolitik die Existenz und Relevanz von Engagementpolitik konturieren. In ihrer Regierungserklärung sagt die neue Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, am 30. Januar 2013: „Ich will die Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement weiter verbessern, darüber

hinaus aber auch aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen. Deshalb werde ich einen Beauftragten für ehrenamtliches Engagement berufen. Er wird die Bürgerinnen und Bürger direkt vor Ort ermuntern, sich zu engagieren, und ihnen neue Möglichkeiten des Engagements eröffnen.^{“iii} Es ist ihrer Erklärung nicht die einzige Bezugnahme, und sie ist durchaus im Zusammenhang zu lesen mit ihrem Bekenntnis zu einer verstärkten Kooperation mit Vereinen, Verbänden und Bürgern, mit zivilgesellschaftlichen Akteuren überhaupt, aber ebenso mit ihren Aussagen zu einer transparenten Verwaltung oder zu mehr Partizipation.

Ein weiteres, fast zeitgleiches Beispiel bietet das im Bundestag am 1. Februar 2013 beschlossene Ehrenamtsstärkungsgesetz. In der Gesetzesbegründung heißt es: „A. Problem und Ziel Das Gesetz trägt dazu bei, das zivilgesellschaftliche Engagement durch Entbürokratisierung und Flexibilisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen zu erleichtern. Dadurch wird es den steuerbegünstigten Organisationen und den ehrenamtlich Tätigen möglich, ihre gesamtgesellschaftlich wichtige Aufgabe noch besser wahrzunehmen.“^{iv}

Folgende zehn Markierungen unterstreichen

- I. Die schon erwähnte Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements des 14. Deutschen Bundestages (1998-2002) legt 2002 ihren Abschlussbericht vor, nachdem sie im Arbeitsprozess eine Vielzahl von Akteuren am Arbeitsprozess beteiligt und gehört sowie erste Gesetzänderungen angeregt hat.
- II. Mit Beginn des 15. Deutschen Bundestages wird erstmals ein Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement im Deutschen Bundestag eingerichtet, der seit 2002 die in der 14. Legislatur begonnene Arbeit verstetigt.
- III. Mit Unterstützung des Deutschen Bundestages wird 2002 das trisektorale Gründung Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ins Leben gerufen, in dem heute Kirchen, Wohlfahrtsorganisationen, Kulturverbände, Bundes- und Landesministerien, Wirtschaftsunternehmen und –verbände kooperieren, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern.
- IV. Auf Initiative des damaligen Finanzministers Peer Steinbrück beschließt der Deutsche Bundestag das Gesetz „Hilfen für Helfer“, um bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt zu stärken.
- V. Ein längerer Leitbildprozess unter Beteiligung vieler zivilgesellschaftlicher Akteure führt 2010 zur ersten „Nationalen Engagementstrategie“ einer Bundesregierung.
- VI. In Baden-Württemberg wird 2011 die erste Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung berufen, die mit Ministerrang dem Kabinett angehört.
- VII. Als Nachfolger des Zivildienstes wird 2011 vom Gesetzgeber der Bundesfreiwilligendienst eingeführt. Das ehemalige Bundesamt für Zivildienst wird zum „Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben“ (BAfZA)
- VIII. In Erfüllung des Vertrages von Lissabon wird 2012 europaweit die Europäische Bürgerinitiative (EBI) als neues Beteiligungsinstrument eingeführt. Schon nach einem halben Jahr hat eine erste Initiative die anspruchsvollen Quoren erfüllt (eine Million Unterschriften, wobei in mindestens sieben Ländern spezielle Mindestquoren überschritten sein müssen)

- IX. Nachdem der Deutsche Bundestag beschlossen hatte, dass in jeder Legislaturperiode die Bundesregierung einen Engagementbericht Erster Engagementbericht (2012)
- X. Das schon erwähnte Ehrenamtsstärkungsgesetz bzw. GemEntBG wird 2013 beschlossen.

Diese Merksteine sind zugleich Indikatoren für eine Vielzahl von Prozessen, die stattgefunden haben. Insbesondere haben sich Strukturen und mit ihnen verbundene Personen herausgebildet und befestigt. Mit dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement bietet sich Bundespolitikern die Möglichkeit, sich als Fachpolitiker für bürgerschaftliches Engagement innerhalb der Fraktionen und in der Öffentlichkeit einen Namen zu machen. Viele Netzwerke haben sich auf Landes-, Bundes- und Europaebene herausgebildet, Stabsstellen und Abteilungen sind in Regierungen und Ministerien, in Verbänden und Unternehmen entstanden, die sich mit der Förderung, Gewinnung und Organisation von bürgerschaftlichem Engagement befassen. Bürgerschaftliches Engagement ist Gegenstand von Forschung und Lehre bis hin zu großen Projekten, durch Initiierung von bürgerschaftlichem Engagement als Teil des Studiums Lernprozesse voranzubringen.

Was ist der Status des Ehrenamts bzw. der Freiwilligenarbeit innerhalb dieses Prozesses? Um diese Frage zu beantworten, ist es wichtig, sich zu verdeutlichen, dass „Ehrenamt“ bzw. „Freiwilligenarbeit“ nur eine Teilmenge von bürgerschaftlichem Engagement darstellt. Tatsächlich ging die erwähnte Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements auf die Idee des 13. Deutschen Bundestages zurück, dass eine Enquete-Kommission zur Zukunft des Ehrenamts eingerichtet wurde. mit dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements konnte dann das ganze Feld des Engagements von Bürgern für das Gemeinwohl in den Blick genommen werden.

Tatsächlich lässt sich Freiwilligenarbeit/Ehrenamt als eine spezielle Form der Spende beschreiben, nämlich der Spende von Zeit, sogar sehr kostbarer Zeit, nämlich der eigenen knappen Lebenszeit. Das bedeutet nun überhaupt nicht, dass selbstlos-leidend eigene Lebenszeit gespendet würde. Es ändert sich nichts am Spendencharakter, wenn man sich auch deshalb betätigt, weil es einem selbst Freude macht, weil man mit anderen Menschen zusammen ist, weil man es als Pflicht ansieht, weil man etwas lernt usw.: Nur schlecht gelaunte Gegner bürgerschaftlichen Engagements und Anhänger eines Homo Oeconomicus skizzieren gerne eine Karikatur der Anforderungen an Spende und Selbstlosigkeit, um allen Ernstes als vorgebliches Ergebnis einer Analyse das herauszufinden, was sie im Vorhinein schon behaupten, nämlich dass alles menschliche Tun nur dem Eigennutzen gibt.

Es gehört zu den Verdiensten der Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, mit dem Begriff des bürgerschaftlichen Engagements einen nüchternen und offenen Oberbegriff für die vielfältigen Formen des Spendens für das Gemeinwohl, für die Bürgerschaft weingeführt zu haben, frei von falschem Pathos und doch anspruchsvoll in seinem Gehalt. Vieles an der Zeitspende von Bürgern, an Geldspenden von Bürgern und Unternehmen, an der Begründung von Stiftungen, Bürgerinitiativen und Fördervereinen verfolgt auch eigene Interessen und eigens Glück. Entscheidend bleibt aber ein bürgerschaftlicher Kern, bleibt das spendende Geben von Zeit, Geld, Wissen und Netzwerken, ohne dafür eine adäquate Gegenleistung dafür zu erwarten und ohne dazu gezwungen zu sein. Von der schieren Menge und Intensität her ist dabei die Form der

Freiwilligenarbeit/ehrenamtlichen Tätigkeit in Deutschland besonders relevant. So haben Graf Strachwitz und ich in einem Gutachten zum bürgerschaftlichen Engagement in der Kultur für die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ 2006 u.a. dargestellt, dass auf 100.-€, die in Form von privaten Geldspenden von Bürgern, Unternehmen und Privatstiftungen in die Kultur fließen, etwa 900.-€ in Form von Zeitspenden kommen, wenn man die verausgabte Zeit von Ehrenamtlichen monetär ausdrückt. In anderen Ländern, in anderen Themenfeldern kann dieses Verhältnis durchaus anders aussehen.

Abschließen möchte ich diesen ersten Abschnitt allerdings mit einem Hinweis auf interne Zusammenhänge zwischen verschiedenen Engagementformen. So lässt sich zum Beispiel eine Korrelation zwischen der Intensität der Zeitspende und der Geldspende bei den gleichen Personen zeigen. Auf der Tabelle werden fünf Personengruppen unterschieden. Personen ohne aktive Beteiligung üben nicht nur kein Ehrenamt aus, sondern sie sind auch nicht Mitglied in irgendeiner Organisation, etwa einem Sportverein, um dort in einer Mannschaft mitzuspielen. Letzteres tut die zweite Gruppe, die Personen mit aktiver Beteiligung, aber sie tun auch nicht mehr: das freiwillige Engagement, etwa um die Mannschaft zu organisieren, um an einem Spielbetrieb teilzunehmen oder um für Nachwuchs zu sorgen, überlassen sie Anderen. Diese Anderen sind in drei Formen aufgeführt, unterschieden danach in wie vielen Organisationen sie gleichzeitig ehrenamtlich tätig sind. Korreliert man nun diese Personengruppen mit dem Befund, wie viele Personen aus dieser Gruppe im Jahr mehr als 100.-€ spenden, ist das Ergebnis eindeutig. Je intensiver die Zeitspende, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass diese Personen zugleich mehr als 100.- € pro Jahr spenden. Diese Korrelationen funktionieren in beide Richtungen: Wer mehr Geld gibt, möchte auch mehr durch eigenes Tun dazu beitragen, dass das Zusammenleben in der Bürgerschaft von lokal bis global besser gedeiht – und wer sich mehr für das Gemeinwohl mit der eigenen Lebenszeit engagiert, ist offenbar eher dazu bereit, dann auch das eigene Portemonnaie zu öffnen, und sei es, um die Projekte Dritter zu unterstützen, bei denen man selber nicht auch noch aktiv werden kann.

Abbildung 1: Korrelation Geld- und Zeitspende

Position auf der Engagement-Skala	Personen mit Spende über 100 € im Jahr in der jeweiligen Gruppe
Personen ohne aktive Beteiligung	15%
Personen mit aktiver Beteiligung, aber ohne freiwilliges Engagement	17%
Personen mit freiwilligem Engagement in einer Organisation	24%
Personen mit freiwilligem Engagement in zwei Organisationen	33%
Personen mit freiwilligem Engagement in drei oder mehr Organisationen	41%

B) Ehrenamt in Bibliotheken: Empirische Befunde und Management

Ende 2009 beschloss der Vorstand des Deutschen Bibliotheksverbandes (dbv), das Positionspapier zum Thema Freiwilligenarbeit in Bibliotheken von 1999 zu überarbeiten. Er reagierte damit auf die im ersten Abschnitt skizzierte Entwicklung bzw. Etablierung einer engagementpolitischen Diskussion seit der Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements des 14. Deutschen Bundestages. De facto war das damalige Diskussionspapier noch am Vorabend der Enquete-Kommission und der an ihre Arbeit anschließende Entwicklung erarbeitet worden.^v

Bei der Überarbeitung des Positionspapiers zeigte sich im Frühjahr 2010, dass die Datenlage für den speziellen Bereich der Bibliotheken nicht befriedigen konnte. Der dbv führte mit dem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln eine bundesweite Bibliotheksbefragung durch, um die Datenlage zu verbessern. Die AG bereitete einen Fragebogen vor, der auf einem von Herrn Pilzer und dem vbnw in die AG-Arbeit eingebrachten Fragebogen aus einem Projekt zum Ehrenamt in Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen aufbauen konnte. Bis Mitte Juli 2010 wurde der Fragebogen durch Hinweise und Anregungen der AG-Mitglieder überarbeitet. Im Zeitraum vom 22. Juli 2010 bis zum 30. Juli 2010 wurde der Fragebogen von Bibliothekaren innerhalb und außerhalb der AG getestet, was zu letzten Modifikationen führte. Für die Durchführung der Befragung wurde auf das bewährte, vom dbv schon mehrfach eingesetzte Online-Verfahren über www.surveymonkey.com zurückgegriffen. Unter einer speziellen Webadresse wurde der Fragebogen zum Ausfüllen bereitgestellt und die ausgewählten Bibliotheken gebeten, den Fragebogen entsprechend online auszufüllen. Der Fragebogen wurde vom 3. August 2010 bis zum 30. September 2010 freigeschaltet.

Befragt wurde ein Sample von insgesamt 935 Bibliotheken, von denen 504 Bibliotheken antworteten. Das Sample wurde aus drei Quellen gebildet: den Sektionsmitgliedern des dbv, den staatlichen Fachstellen für Büchereiarbeit und den kirchlichen Verbänden. Dabei konnte im Hinblick auf Größe und regionale Verteilung sowohl für die allgemeinen wissenschaftlichen Bibliotheken als auch für die öffentlichen Bibliotheken im kommunalen und kirchlichen Bereich Repräsentativität hergestellt werden; der Bereich der kleinen wissenschaftlichen Spezialbibliotheken z.B. an Museen konnte nicht dargestellt werden. Wenn im Weiteren von wissenschaftlichen Bibliotheken gesprochen wird, sind allgemeine wissenschaftliche Bibliotheken und Hochschulbibliotheken gemeint. Die folgenden Ausführungen stellen einige der dabei gewonnenen Daten und Erkenntnisse dar.

Beginnen möchte ich mit einem Befund, der mich in dieser ausgeprägten Form sehr überrascht hat. Wir haben im Fragebogen u.a. die Möglichkeit gegeben die Arbeit von Bibliotheken mit Ehrenamtlichen mit Schulnoten von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) zu bewerten. Für Bibliotheken in kommunaler Trägerschaft mit hauptamtlichem Personal kann ein guter Vergleich zwischen der Notengebung in Bibliotheken mit und solchen ohne Ehrenamt angestellt werden. Fast 9 von 10 hauptamtliche Bibliotheken vergeben für Bibliotheken mit Ehrenamtlichen die Note 1 oder 2, wenn sie selbst auch über Ehrenamtliche verfügen (linke Spalte) – während dies nur für jede 6. Bibliothek zutrifft, die nur mit

Hauptamtlichen ohne Ehrenamtliche arbeitet und sogar jede 4. Bibliothek dieser Bibliotheken vergibt die Note 5 oder 6 für Bibliotheken mit Ehrenamtlichen (die sie selbst nicht haben).

Abbildung 2: Nur kommunale hauptamtliche Bibliotheken

	Hauptamtliche Bibliotheken mit Ehrenamt	Hauptamtliche Bibliotheken ohne Ehrenamt
Note 1 + 2	86,8%	17,6%
Note 3 + 4	11,3%	54,4%
Note 5 + 6	1,9%	26,6%

Bevor ich auf diese Wahrnehmungsdimension als Managementherausforderung zurückkomme, möchte ich einige zentrale Befunde zu Umfang und Form des Ehrenamts im Bibliothekswesen darstellen. Die folgende Tabelle gibt eine summarische Übersicht der zentralen Ergebnisse zum hochgerechneten Umfang des Ehrenamts in verschiedenen Bereichen des Bibliothekswesens.

Dabei zeigt sich: Ehrenamt ist zuallererst ein Phänomen im kommunalen und im kirchlichen Bereich. Gut 170.000 Wochenstunden werden im Bibliothekswesen von Ehrenamtlichen erbracht, was in etwa einem Gegenwert von jährlich 175 Millionen Euro entspricht, wenn man diese Tätigkeit monetär bewerten würde.

Erkennbar wird hier schon ein wichtiges Thema im Freiwilligenmanagement: die Aufgabe der Koordination. Natürlich gibt es auch Ehrenamtliche, die wöchentlich sehr viel Zeit für ihre Tätigkeit erübrigen, doch das Verhältnis zwischen Zeitspende und Personenzahl beträgt im Schnitt 2 bis 2,4 Stunden pro Woche. Damit sich diese Tätigkeit signifikant bemerkbar macht, muss eine hohe Anzahl an Personen tätig und entsprechend koordiniert werden. Wir haben in anderen Vorträgen die Bedeutung von hauptamtlicher Koordination für exzellente Projekte gesehen. Wie später noch zu sehen sein wird, kommt kaum eine Bibliothek ohne Koordinator aus, wobei diese in vielen Bibliotheken ihrerseits wiederum ehrenamtlich sind.

Abbildung 3 Umfang Ehrenamt in Bibliotheken

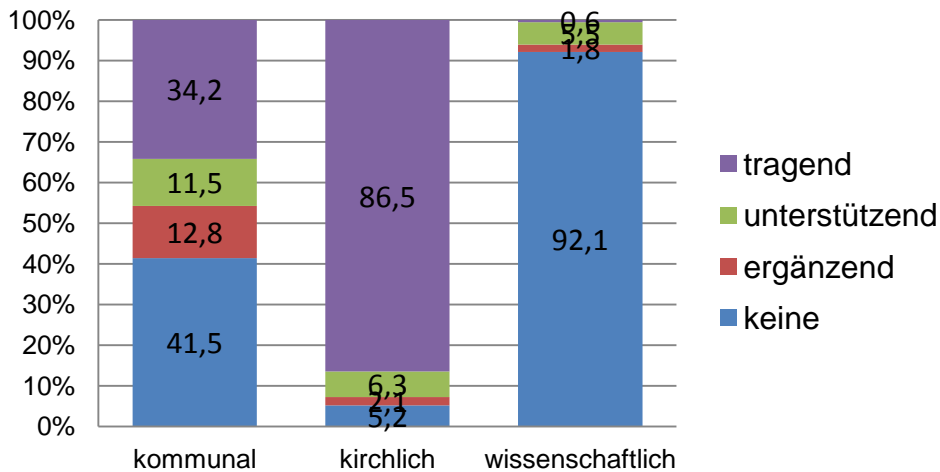
	kirchlich	kommunal	wissenschaftlich
Gesamtzahl Ehrenamtliche	57.000	25.000	100
Ehrenamtliche pro Bibliothek	14,8	11,1	4,5
Zeitspende pro Bibliothek pro Woche	29,2 h	26,8 h	19,7 h
Monetarisierte Wert der Zeitspende	175.000.000.- € jährlich		

Allerdings sagt der Umfang nichts darüber aus, wie wichtig die Ehrenamtlichen für das Funktionieren einer Bibliothek sind. Deshalb wurde nach der funktionalen Bedeutung des Ehrenamts gefragt, wobei vier Antwortmöglichkeiten vorgegeben waren: Diese Stufen wurden mit den Begriffen „keine Funktion“, „ergänzende Funktion“, „unterstützende Funktion“ und „tragende Funktion“ etikettiert. Diese Begriffe sollen im Einzelnen bezeichnen:

- Die ehrenamtlich Tätigen haben eine *ergänzende* Funktion: Ihr Einsatz bringt zusätzliche Angebote in die Bibliothek, die aber für eine Erfüllung der Kernaufgaben nicht zwingend sind.
- Die ehrenamtlich Tätigen haben eine *unterstützende* Funktion: Ihr Einsatz verbessert das originäre Dienstleistungsangebot der Bibliothek.
- Die ehrenamtlich Tätigen haben eine *tragende* Funktion: Ihr Einsatz macht das originäre Dienstleistungsangebot der Bibliothek überhaupt erst möglich.
- Die ehrenamtlich Tätigen haben *keine* Funktion: Bürgerschaftliches Engagement kommt gar nicht oder ausschließlich in anderen Formen wie z.B. der Geld- oder Sachspende vor.

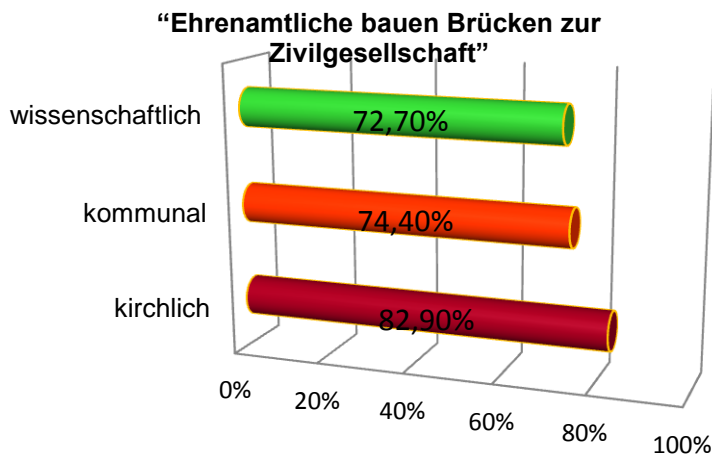
Die folgende Grafik zeigt die Funktionsverteilung getrennt nach Trägern der Bibliothek. Dabei werden erhebliche Strukturunterschiede ersichtlich. Im kirchlichen Bereich ist die tragende Funktion der Ehrenamtlichen praktisch die Regel, im wissenschaftlichen Bereich ist diese Funktion praktisch abwesend. Dazwischen erscheint der kommunale Bereich fast wie eine Art Durchdringungs-, Experimentier- und Kampfzone der unterschiedlichen Funktionsformen. Hier spielen das ergänzende und das unterstützende Ehrenamt eine größere Rolle als bei den anderen Trägern. Zugleich ist die Abwesenheit von Ehrenamt in 4 von 10 Bibliotheken durchaus beträchtlich, während gleichzeitig in jeder dritten kommunalen Bibliothek ohne Ehrenamt gar kein Betrieb möglich ist. Es ist insofern auch nicht erstaunlich, dass Diskussionen über das Für und Wider des Ehrenamts im kommunalen Bibliotheksbereich intensiver geführt werden, als in den anderen Trägerschaftsformen mit ihren viel klareren Verhältnissen.

Abbildung 4: Funktionen nach Trägerschaft



Die Funktion von Ehrenamtlichen für eine Einrichtung erschöpft sich aber nicht darin, was sie zum Betrieb beitragen. Gefragt wurde deshalb auch nach möglichen gesellschaftlichen Funktionen, die gesehen werden. Ein Fragenblock gab die Möglichkeit, sich zu externen Wirkungen des Ehrenamts für eine Bibliothek zu äußern. Die Frage, ob Ehrenamtliche der Bibliothek Brücken zur Zivilgesellschaft bauen, wurde in Bibliotheken mit Ehrenamtlichen unabhängig von der Trägerschaft mit überwältigender Mehrheit bejaht, wie die nachfolgende Grafik dokumentiert.

Abbildung 5: Funktion: Brücken zur Zivilgesellschaft



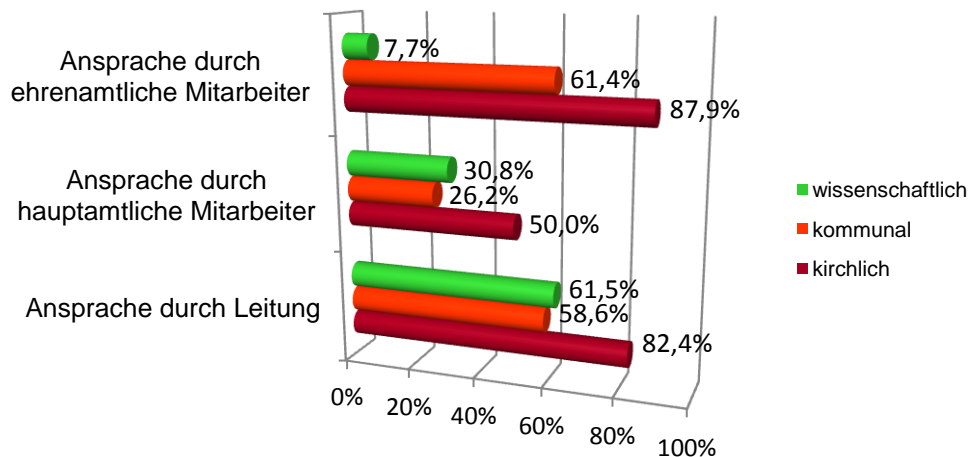
Ehrenamtliche kommen selten von selbst, sondern der Rekrutierung von Ehrenamtlichen geht in der Regel eine direkte Ansprache durch Organisationsangehörige voraus. Aus Ehrenamtsuntersuchungen ist dabei die zentrale Rolle des Leitungspersonals und insgesamt der direkten, persönlichen Ansprache bekannt, während Presse, Medien oder Ehrenamtsagenturen eine für die Masse untergeordnete Rolle spielen. Die folgenden Zahlen entstammen den bundesweiten, repräsentativen Freiwilligensurveys 2004 und 2004 (im jüngsten Bericht über den Survey 2009 habe ich keine vergleichbaren Daten gefunden).

Abbildung 6: Funktion: Gewinnung von Freiwilligen allgemein lt. Freiwilligensurveys^{vi}

	1999	2004
Leitende Personen	42	44
Freunde/Bekannte	35	40
Eigene Erlebnisse	28	38
Familienmitglieder	12	14
Presse und Medien	3	3
Info-/Kontaktstelle	3	3

Diese bekannten Befunde über erfolgreiche Rekrutierung schlagen sich auch in der Praxis im Bibliothekswesen nieder, wie der Grafik 6 zu entnehmen ist. Die Ansprache durch Leitungen, aber ebenso durch (ehrenamtliche) Mitarbeiter spielt eine herausragende Rolle. Bei letzteren dürfte es sich häufig auch um Bekannte und Freunde handeln, die (als Erstes) gefragt werden.

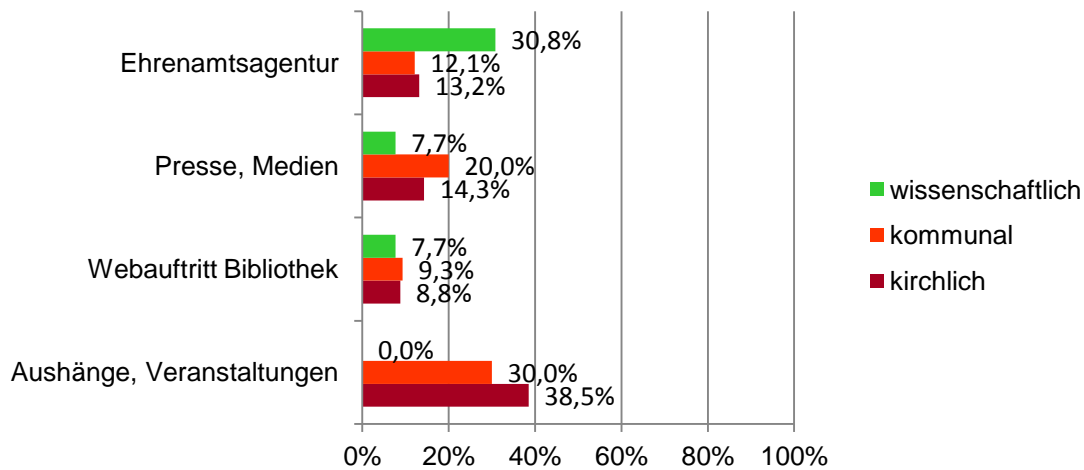
Abbildung 7: Akquise durch persönliche Ansprache



Neben der persönlichen Ansprache werden aber begleitend oder vorbereitend auch andere Verfahren der Rekrutierung angewendet. Dabei fallen zwei Zahlengruppen besonders auf. Zum einen ist bei allen Trägern die Nachfrage nach einer Hilfe durch eine Ehrenamtsagentur relativ hoch, während gleichzeitig die Werbung über eine Bibliothekshomepage erstaunlich gering ist. Dass Aushänge und Veranstaltungen eine große Rolle spielen, dürfte damit zu tun

haben, dass eine Bibliothek in der Regel über eigene Lokalitäten verfügt, in denen dies leicht möglich ist.

Abbildung 8: Akquise durch weitere Formen



Nach der Akquise stellt sich die Aufgabe der Einarbeitung und Schulung der Ehrenamtlichen. In diesem Bereich zeigt sich, wie schon bei den vorherigen Zahlen, dass Ehrenamt im kirchlichen Bereich zur Organisationskultur auch bei Bibliotheken gehört. Nicht zuletzt über hauptberufliche Fachstellen für Bibliotheksarbeit wird gewährleistet, dass praktisch jeder Ehrenamtliche mindestens eine Einarbeitung oder Schulung durch hauptamtliche Bibliothekare erhält, während dies im weltlichen Bereich, in dem viel mehr Hauptamtliche in den Bibliotheken vor Ort tätig sind, nicht ganz so selbstverständlich ist.

Abbildung 9: Einarbeitung und Schulung

	kirchlich	kommunal	wissenschaftlich
Mindestens ein hauptamtlicher Input	94%	69%	69%
Mindestens ein ehrenamtlicher Input	83%	53%	8%
Weder noch	3%	16%	23%

Hinzu kommt im kirchlichen Bereich noch eine Schulung in 83% der Bibliotheken durch Ehrenamtliche, was im kommunalen Trägerschaftsbereich schon auf 53% und im wissenschaftlichen Feld auf marginale 8% bei den Bibliotheken fällt, in denen Ehrenamtliche tätig sind.

Doch nicht nur in der Systematik der Einarbeitung und Schulung, sondern ebenso in der Form der personalen Einbindung zeigen sich deutliche Unterschiede. Die Ehrenamtssteuerung wird im kirchlichen Bereich hauptsächlich durch ehrenamtliche Koordinatoren realisiert, während schriftlich fixierte Vereinbarungen, wie sie insgesamt zum Beispiel vom dbv empfohlen werden, nur in jeder 20. Bibliothek angewendet werden. Ganz anders sind die Verhältnisse im wissenschaftlichen Bereich, in dem schriftliche Vereinbarungen das A und O zu sein scheinen, ergänzt teilweise durch hauptamtliche Koordinatoren. Im kommunalen Bereich kommen schriftliche Vereinbarungen, ehrenamtliche und hauptamtliche Koordinatoren vor, ohne dass eine dieser Formen als dort gewählter Königsweg erscheint.

Abbildung 10: Einbindung und Betreuung

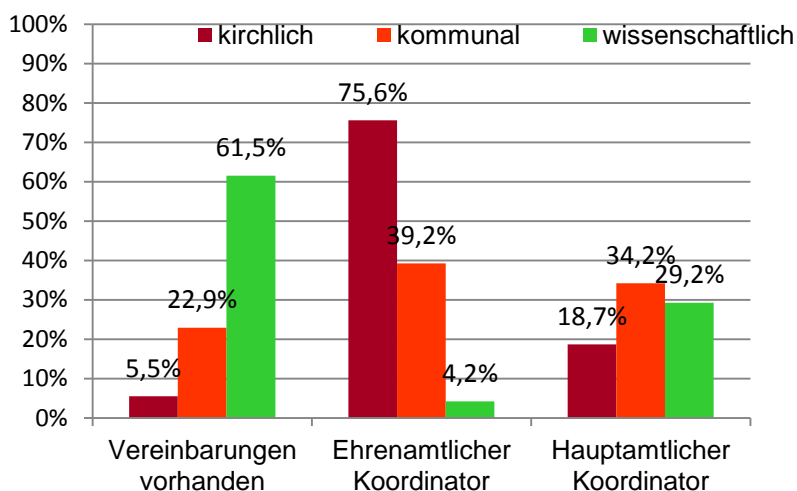
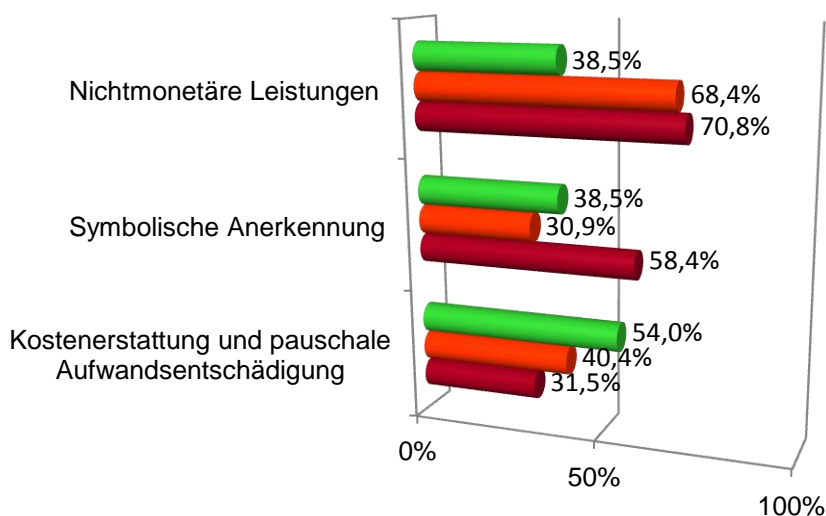


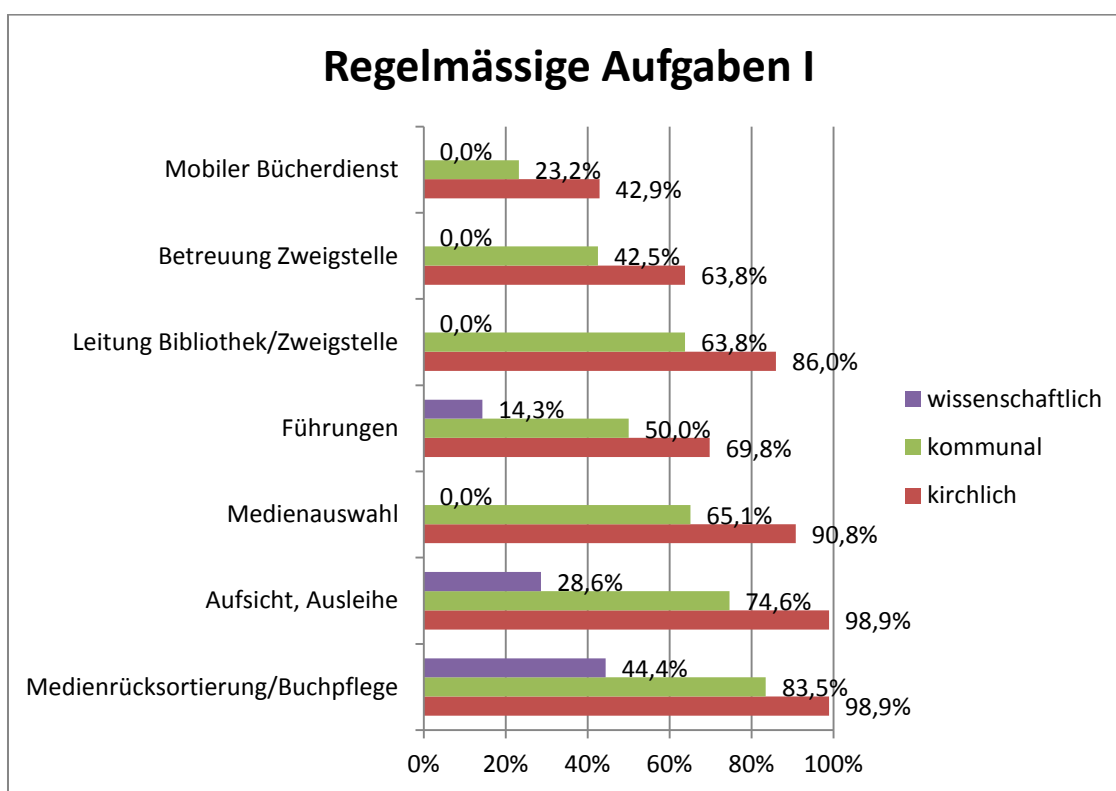
Abbildung 11: Anerkennung



Eine wichtige Dimension im Management von Ehrenamtlichen ist diejenige der Anerkennung ihres Beitrages zum Erfolg einer Organisation. Zugleich gibt die Art der Anerkennung auch Auskunft darüber, welches Verständnis der Motive von Ehrenamtlichen unterstellt bzw. nachgefragt wird. Im kirchlichen Bereich sind nichtmonetäre Leistungen und symbolische Anerkennung die Hauptformen, mit denen den Ehrenamtlichen gezeigt wird, wie wertvoll ihre Arbeit für die Bibliothek ist. Noch nicht einmal in jeder dritten Bibliothek gibt es auch monetäre Formen in Form pauschaler Aufwandsentschädigungen oder Kostenerstattungen. Im weltlichen Bereich spielt die symbolische Anerkennung die geringste Rolle und ist deutlich unwichtiger als die monetäre Erstattung von Kosten bzw. die Zuwendung pauschaler Aufwandsentschädigungen.

Die folgende Abbildung zeigt die medienbezogene Verteilung der Aufgaben, die regelmäßig von Ehrenamtlichen mit übernommen werden.

Abbildung 12: Regelmäßige, medienorientierte Aufgaben von Ehrenamtlichen

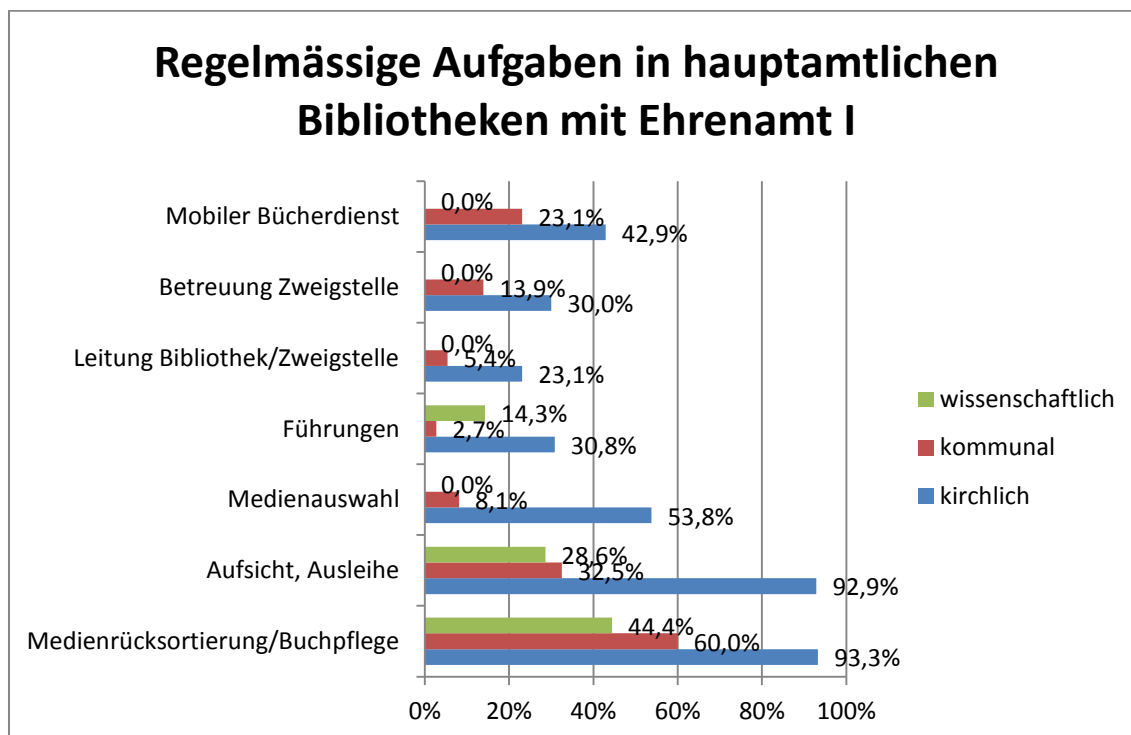


Relevante Arbeitsbereiche für Ehrenamtliche sind bei allen Trägern Bibliotheksführungen, Ausleihe / Aufsicht sowie Medienrücksortierung / Buchpflege. Auch hier sind diese Bereiche im kommunalen und kirchlichen Feld deutlich umfänglicher. Institutionell ist dabei aber für wissenschaftliche Bibliotheken zudem zu bedenken, dass hier auch in vielen Einrichtungen typische Tätigkeitsfelder von studentischen Hilfskräften verankert sind.

Dieser Befund relativiert sich, wenn man den Blick nur auf die hauptamtlichen Bibliotheken mit Ehrenamtlichen richtet (vgl. Abbildung 13).

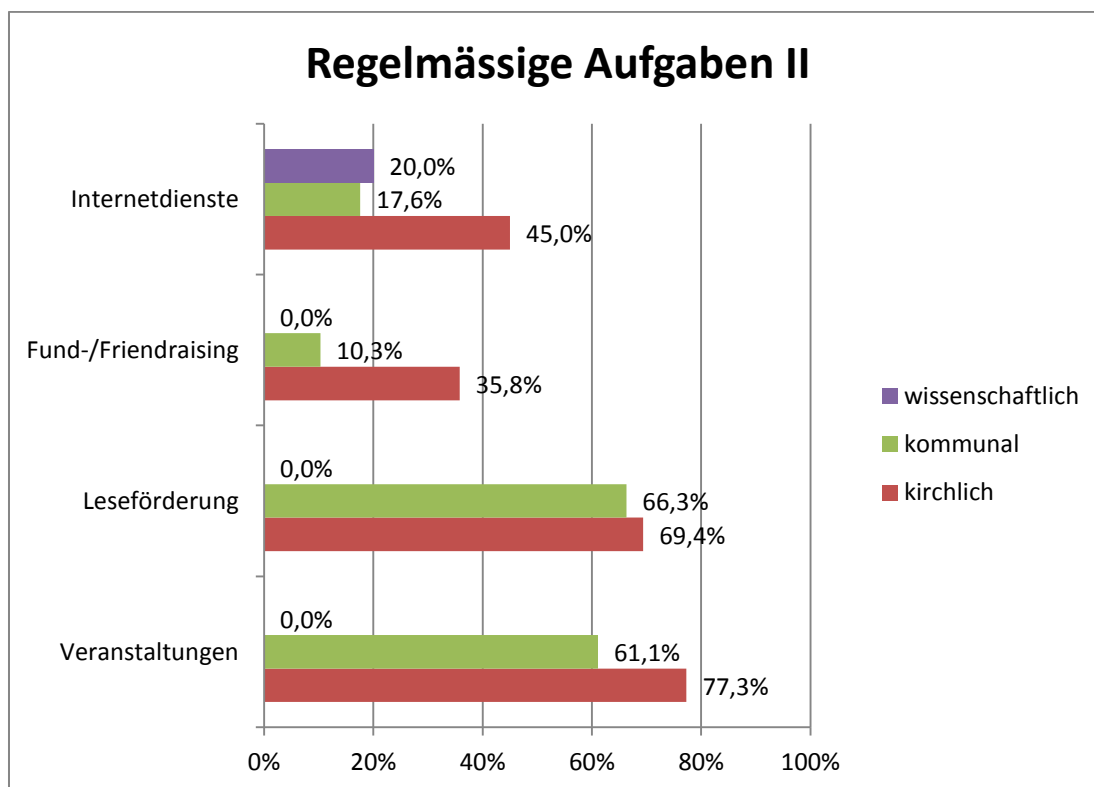
Generell nähert sich der kommunale Bereich dann an den wissenschaftlichen Bereich an, besonders deutlich in den Feldern Leitung, Medienauswahl und Aufsicht.

Abbildung 13: Regelmäßige, medienorientierte Aufgaben von Ehrenamtlichen nur in Bibliotheken mit Hauptamt



Veranstaltungen und Leseförderung sind die beiden nicht medienbezogenen Bereiche, in denen in kommunal wie in kirchlich getragenen Bibliotheken regelmäßig umfassend Ehrenamtliche eingesetzt werden (vgl. Abbildung 14). In den anderen Tätigkeitsbereichen zeigen sich dann wieder erhebliche Unterschiede. Da die kirchlich getragenen Bibliotheken dokumentieren, dass es offenkundig ehrenamtliches Potenzial für diese Aufgaben gibt, kann man die These aufstellen, dass in kommunal getragenen Bibliotheken eine absichtliche, größere Zurückhaltung waltet. Diese ist eben lediglich im Bereich Veranstaltungen und in der Leseförderung aufgebrochen, was sich im zweiten Fall auch der Lesepatentbewegung verdankt, die sich in den letzten 15 Jahren entwickelt hat. Tatsächlich ändert sich an diesem Sachverhalt auch nichts, wenn man die Werte für gelegentliche oder seltene Ausübung dieser Aufgaben hinzu rechnet.

Abbildung 14: Regelmäßige, nicht medienorientierte Aufgaben von Ehrenamtlichen



In der dbv-Befragung wurden die Bibliotheken mit Ehrenamtlichen schließlich auch nach vorhandenen Planungen gefragt, in welchen Feldern künftig Ehrenamtliche eingesetzt werden sollen. Da die Werte für einzelne schon ausgeübte Tätigkeiten teils bis nahe 100% gehen und in fast allen Feldern sehr hoch sind, reduzieren sich die Planungsmöglichkeiten. Die folgende Tabelle zeigt die drei Tätigkeiten, die jeweils im kirchlichen, kommunalen und wissenschaftlichen Feld am häufigsten Gegenstand von Planungen sind:

Abbildung 15: Planungen für zusätzlichen Einsatz von Ehrenamtlichen in Bibliotheken mit Ehrenamtlichen (drei häufigste Nennungen)		
Kirchlich	Kommunal	Wissenschaftlich
Mobiler Bücherdienst (7,1%)	Mobiler Bücherdienst (8,7%)	Fund-/Friendraising (20%)
Leseförderung (6,9%)	Internetdienste (7,4%)	Führungen (14,3%)
Fund-/Friendraising (5,7%)	Fund-/Friendraising (5,2%)	Medienrücksortierung/Buchpflege (11,1%)

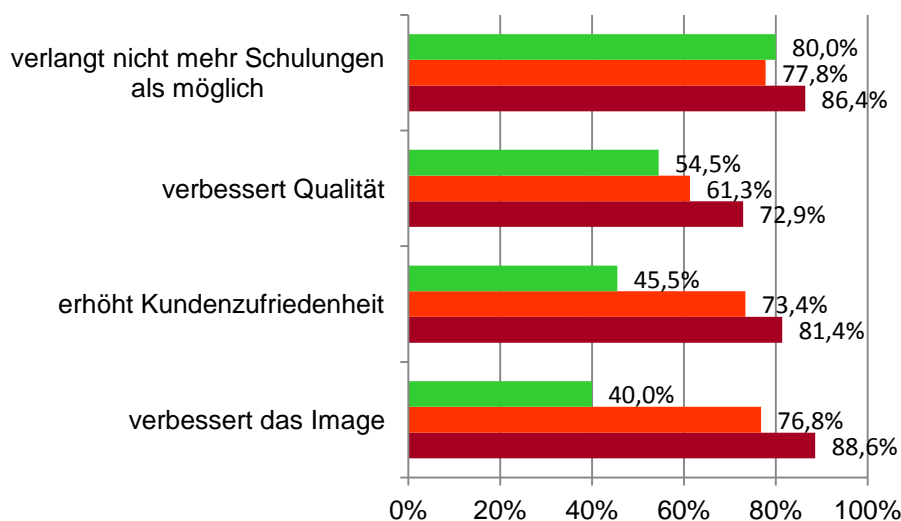
Ehrenamtliche für Fund- und Friendraising zu gewinnen, ist bei allen Bibliotheken ein Thema. Im kommunalen und kirchlichen Bereich gilt das Gleiche für den mobilen Bücherdienst. Ansonsten scheint es insbesondere im wissenschaftlichen Bibliothekswesen die Überlegung

zu geben, ob man auch wie der kirchliche und kommunale Bereich stärker im Bereich von Routineaufgaben zeitspendende Entlastung finden kann. Im kirchlichen und kommunalen Bereich scheint es eher darum zu gehen, spezifische Dienstleistungen wie mobiler Bücherdienst, Internetdienstleistungen und Leseförderung, mit Hilfe auch von Ehrenamtlichen zu einem Standardangebot der Bibliotheken zu machen, das so selbstverständlich wie die Möglichkeit der Mediennutzung vor Ort oder die Ausleihe von Medien sein soll.

Von besonderem Interesse sind die Ergebnisse der Befragung zu den Themen Qualitätsurteile und Image des Ehrenamts in Bibliotheken. Hierzu konnten sich sowohl Bibliotheken mit Ehrenamtlichen als auch solche ohne Ehrenamtliche äußern. Letztere konnten damit auch ihre Gründe kenntlich machen, warum es in ihrer Bibliothek keine Ehrenamtlichen gibt, wie sich im Vergleich der Antworten zeigen wird.

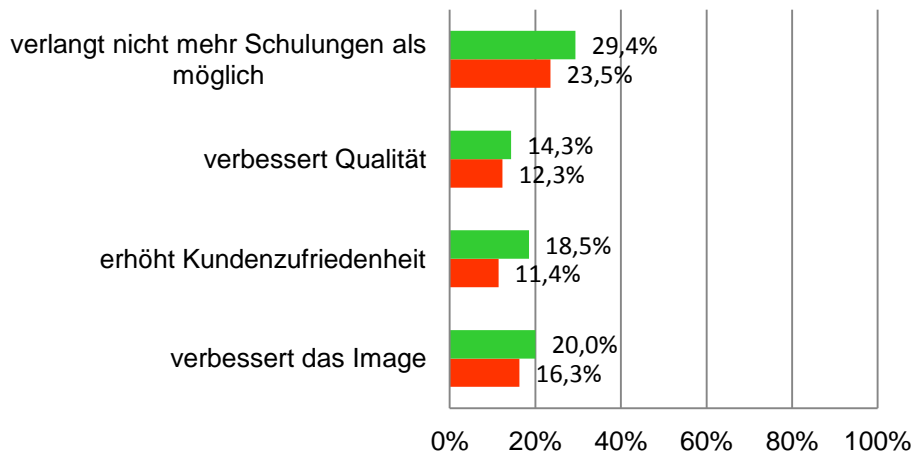
Abgesehen teilweise vom wissenschaftlichen Bibliotheksbereich, herrscht in Bibliotheken mit Ehrenamtlichen eindeutig die Überzeugung vor, dass diese das Image der Bibliothek verbessern, die Kundenzufriedenheit erhöhen und die Qualität der Bibliothek heraufsetzen – wobei letzteres mit 61% und 73% etwas geringer ausfällt als die Werte für Kundenzufriedenheit und Image. Zugleich haben 4 von 5 Bibliotheken nicht den Eindruck, dass sie für diese positiven Resultate einen unverhältnismäßig hohen Schulungsaufwand treiben müssten.

Abbildung 16: Einschätzungen in Bibliotheken mit Ehrenamtlichen zu Ehrenamt in Bibliotheken



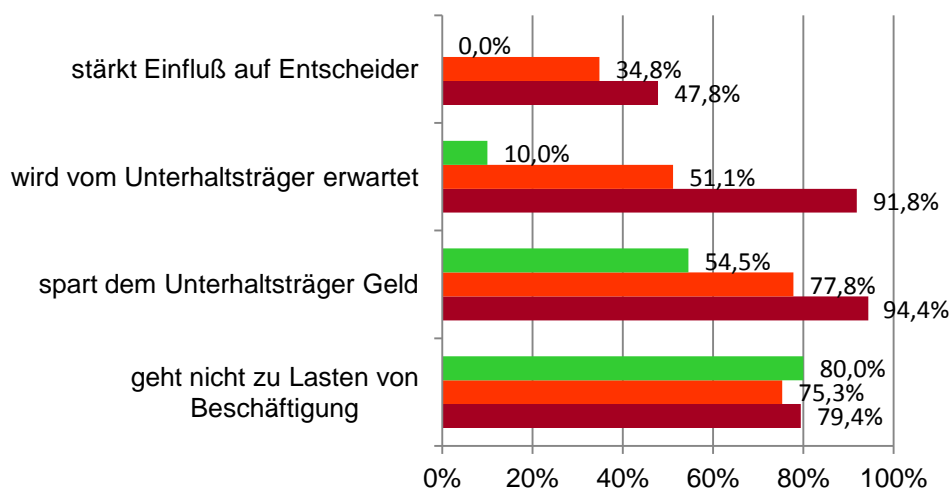
Vergleicht man nun diese Zahlen mit den Antworten aus Bibliotheken, die gar keine Ehrenamtlichen haben (wobei mangels Masse der kirchliche Bereich ausfällt), wird doch klar ersichtlich, dass dies auch mit einem negativen Erwartungshorizont zu tun hat. Imageverbesserung, Kundenzufriedenheit, Qualitätsverbesserung werden nur von einer verschwindenden Minderheit der Bibliotheken als Potenzial vermutet. Offenkundig wird zugleich ein übermäßiger Schulungsaufwand unterstellt. Insofern ist es durchaus stimmig, dass es dann keine Ehrenamtlichen in diesen Bibliotheken gibt.

Abbildung 17: Einschätzungen in Bibliotheken ohne Ehrenamtliche zu Ehrenamt in Bibliotheken



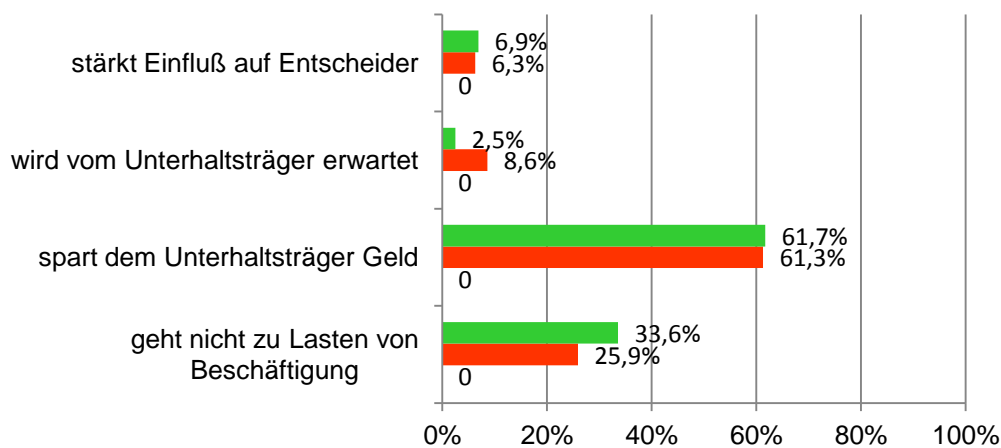
Das Handeln und die Entwicklung einer Organisation leiten sich aber nicht nur aus ihrer Mission und deren Erfüllung her, sondern ebenso aus Gründen der Selbsterhaltung. Für diese kann es wichtiger sein, was Entscheider und Geldgeber erwarten bzw. welche Interessen hauptamtlich Beschäftigte haben. Bei der Frage, ob bei diesen Themen Ehrenamtliche für die Bibliothek eher von Vorteil sind oder nicht, unterscheiden sich die Antworten zwischen Bibliotheken mit und ohne Ehrenamtlichen. In 4 von 5 Bibliotheken mit Ehrenamtlichen wird kein negativer Beschäftigungseffekt gesehen. Die durchgängige Präsenz von Ehrenamtlichen im kirchlichen Bereich erklärt sich auch daraus, dass dort dies als Erwartung des Unterhaltsträgers gesehen wird – letzteres ist im kommunalen Bereich mit 51% deutlich geringer verbreitet und im wissenschaftlichen Bereich fast abwesend. Im kommunalen wie im kirchlichen Bereich glaubt man zudem in annähernd jeder zweiten bzw. dritten Bibliothek, dass Ehrenamtliche auch unmittelbar den Einfluss der Bibliothek auf Entscheider verbessern.

Abbildung 18: Einschätzungen in Bibliotheken mit Ehrenamtlichen zu Ehrenamt in Bibliotheken



All diese Überzeugungen sinken drastisch in den Keller bei den Bibliotheken, in denen keine Ehrenamtlichen tätig sind. Dabei ist besonders instruktiv, dass die Aussage, dass Ehrenamtliche in der Bibliothek vom Unterhaltsträger erwartet werden, im kommunalen Bereich von 51% auf 8,6% fällt: Ohne Zweifel ist dies als eine kritische Variable für das Vorhandensein oder Fehlen von Ehrenamtlichen zu sehen. Dabei fällt zugleich auf, dass durchaus in 6 von 10 Bibliotheken die Überzeugung herrscht, dass der Unterhaltsträger so Geld sparen könnte. Proaktive Solidarität mit den Ressourcen des Unterhaltsträgers, also etwa Kommune oder Universität, sieht vielleicht etwas anders aus. Da dort zugleich die Überzeugung deutlich geringer ausgeprägt ist, dass Ehrenamt nicht zu Lasten von Beschäftigung geht, kann man als einen wesentlichen Grund die Überzeugung vermuten, dass die Geldsparmöglichkeit für den Unterhaltsträger im Einsparen von Personalmitteln gesehen wird.

Abbildung 19: Einschätzungen in Bibliotheken ohne Ehrenamtliche zu Ehrenamt in Bibliotheken



Ehrenamt in Bibliotheken ist in Deutschland ein wichtiges Phänomen, das sich aber in Ausprägung, Umfang, Struktur und Wahrnehmung nach einer Reihe von Variablen ausdifferenziert. So korrelieren eine hohe Wertschätzung von Ehrenamt und Vorhandensein von Ehrenamt positiv, während negative Wertschätzung und Abwesenheit von Ehrenamt ebenso miteinander korrelieren. Wenn noch kein Ehrenamt in der Bibliothek vorhanden ist, muss man grundsätzlich mit erheblichen Vorbehalten rechnen, wenn Ehrenamt in die Bibliothek eingebunden werden soll. Ebenso sicher kann man aber davon ausgehen, dass diese Skepsis bis Ablehnung später einer anderen Bewertung weichen wird.

Bei Bibliotheken in kirchlicher Trägerschaft ist das Ehrenamt Teil der Organisationskultur, in kommunaler Trägerschaft sind die Verhältnisse dagegen heterogen. Im Bereich der allgemeinen wissenschaftlichen Bibliotheken und der Universitätsbibliotheken spielt das Ehrenamt bisher keine wirkliche Rolle. Nicht nur dort, sondern auch im kommunalen und ebenso im kirchlichen Bereich konnten zugleich einzelne Dimensionen mit mal mehr, mal weniger hohem Entwicklungspotenzial identifiziert werden, wie zum Beispiel Friend- und Fundraising.

Das künftige Entwicklungspotenzial des bürgerschaftlichen Engagements lässt sich gerade auch in Form von ergänzendem oder unterstützendem bürgerschaftlichen Engagement entwickeln, um Dienstleistungen zu erweitern oder zu erproben. Bibliotheken, die einen Einsatz von Ehrenamtlichen vor allem in den Bereichen Mobiler Bücherdienst (7,6%), Fund-/Friendraising (6,0%) und Internetdienste (5,3%) planen, gehen in diese Richtung. Ergänzendes bzw. unterstützendes bürgerschaftliches Engagement eignet sich zudem für das Ausprobieren neuer Wege und Dienstleistungen, aber auch für Vernetzungen mit Akteuren aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft.

C) Einordnung der Thematik in aktuelle engagementpolitische Debatten

Im einleitenden Kapitel und in anderen Beiträgen dieser Veranstaltung ist deutlich geworden, dass das Thema Ehrenamt in Bibliotheken in gesellschaftliche und politische Debatten eingebettet sind, die in den letzten Jahren an Dynamik gewonnen haben. Dabei ist das Politikfeld Engagementpolitik entstanden, das durch Begriffe wie bürgerschaftliches Engagement, Bürger- und Zivilgesellschaft oder Teilhabe/Partizipation geprägt wird. Häufig findet man Engagementpolitik als Querschnittsthema in gesonderten Stabsstellen von der Kommune bis zu Ministerpräsidenten oder in Form von Abteilungen, Ämtern und Agenturen, vom Bundesamt für zivilgesellschaftliche Aufgaben bis zu Freiwilligenagenturen von Kommunen oder Landes- und Bundesnetzwerken für bürgerschaftliches Engagement. Solchen Querschnittsthemen kann es dann leicht passieren, dass sie ein um sich zirkulierendes Eigenleben führen können.

Im abschließenden Kapitel möchte ich daher auf einzelne allgemeinere Debatten hinweisen, in denen Engagementpolitik auch eine prominente Rolle spielt, ohne mit diesen Debatten zusammen zu fallen. Das wird am Ende einmünden in eine besondere engagementpolitische Perspektive für Bibliotheken als schon vorhandene Infrastruktureinrichtungen in unserer Demokratie.

I. Sozialpolitik, Demografiepolitik und BE

Am 4. Oktober 2012 hielt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel auf dem Demografiegipfel in Berlin eine Grundsatzrede, in der sie die zentralen Orientierungspunkte der Demografiestrategie als Zukunftsaufgabe skizzierte. In diesem Kontext bezeichnete sie „Selbstorganisation, Nachbarschaftshilfe, Freiwillige in der Gesellschaft“ als ein wichtiges Thema, da „wir vieles nicht bewerkstelligen können, wenn es nicht auch ehrenamtliches und freiwilliges Engagement gibt.“ Bürgerschaftliches Engagement ist also auch im Rahmen der Demografiestrategie unverzichtbar, wobei sie zugleich feststellt: „Wir lernen Schritt für Schritt, dass auch Ehrenamt, Selbstorganisation und Freiwilligkeit einer gewissen Grundstruktur bedürfen.“

Damit stimmt sie eine Diskussionsrichtung an, die geprägt ist von der Sorge, dass zentrale gesellschaftliche Strukturen, die auf Ehrenamtliche angewiesen sind, aufgrund von demografischen wie sozialen Prozessen ihre Funktionsfähigkeit verlieren. Ein signifikantes

Beispiel stellt die staatliche Daseinsvorsorge im Bereich des täglichen Schutzes von Leib, Leben und Eigentum der Bürger, etwa in Form des Feuerwehr- und Hilfewesens, des Schutzes im Katastrophenfall bzw. im Rahmen von asymmetrischen Bedrohungslagen (Terroranschläge). Das hohe Schutz- und Sicherheitsniveau in Deutschland hängt auch von ca. 1,8 Millionen ehrenamtlich Tätigen ab. Eine demografische Herausforderung besteht darin, dass ein Teil der ehrenamtlichen Tätigkeiten, etwa in mehreren zehntausend Freiwilligen Feuerwehren, auf jungen Nachwuchs angewiesen ist, der körperlich fit, ausbildungstauglich, zuverlässig und mutig ist. Verschärft werden die sich hier zeigenden Probleme durch Veränderungen in Lebensstilen, aber auch durch noch die unvollkommene Integration vieler Migranten. Vor diesem Hintergrund hat etwa der Deutsche Feuerwehrverband 2008 ein Strategiepapier „DFV 2020 – Strategien für eine sichere Zukunft“ auf seiner 55. Delegiertenversammlung beschlossen, in dem es heißt:

„Es gilt, einen Großteil der in Deutschland lebenden Menschen mit ihren Fähigkeiten für die Feuerwehr zu gewinnen, der in der Feuerwehr derzeit strukturell unterrepräsentiert ist. Dies sind zum Beispiel Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Akademiker, aber auch Quereinsteiger, Menschen mit Lebenserfahrung und Menschen mit Handicap. Die Qualifikationen und Interessen dieser Menschen müssen anerkannt werden, sie müssen aktiv für den Dienst in der Feuerwehr, für Gremienarbeit und auch für Führungsaufgaben gewonnen werden. Interne Hindernisse müssen abgebaut werden, damit ihre Integration gelingt. Dafür sind passgenaue Konzepte zu entwickeln und aktiv umzusetzen.“^{vii}

Analoge Diskussionen, Problemskizzen und Aufgabenbeschreibungen lassen sich bei einer Vielzahl von Organisationen finden, die in einem erheblichen Maße auf freiwilliges Engagement angewiesen sind, um zentrale Lebensbereiche in unserer Gesellschaft weiterhin kompetent und zuverlässig absichern zu können. Letztlich geht es dabei immer darum, wie man die jeweiligen Aufgaben und Dienste so attraktiv machen kann, dass die heute und künftig Lebenden entsprechend freiwillig tätig werden wollen.

Die andere Stoßrichtung der Diskussion um bürgerschaftliches Engagement im Kontext von Demografie- und Sozialpolitik zielt auf die Förderung von Teilhabe und Mittun an den Angelegenheiten der Bürgerschaft als Teil aktiver und erfüllender Lebensgestaltung. Zum Abschluss des 10. Deutschen Seniorentages haben die Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und ihre 110 Mitgliedsorganisationen am 5. Mai 2012 die »Hamburger Erklärung« veröffentlicht. Darin setzt sich die BAGSO für ein selbstbestimmtes, aktives und engagiertes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In dieser Erklärung mit dem Titel »JA zum Alter!« spielt das bürgerschaftliche Engagement eine große Rolle. Angesichts der Tatsache, dass viele Menschen nach Ende der Berufstätigkeit ein weiteres Lebensviertel vor sich haben, kommt dem Engagement im familiären Umfeld wie auch dem bürgerschaftlichen Engagement für die Gesellschaft eine wichtige Rolle für ein selbstbestimmtes und aktives Älterwerden zu. Die Unterzeichner fordern die Politik deshalb auf, Rahmenbedingungen für ein engagiertes Alter zu schaffen. Zugleich warnen sie vor einer Instrumentalisierung des Engagements oder gar einer Verdrängung von Erwerbsarbeit.

II: Bürgerkommune, transparente Verwaltung und Teilhabe

Von der Dienstleistungs- zur Bürgerkommune, von der intransparenten zur transparenten Verwaltung und von der mit der Wahl für vier oder fünf Jahren verlorenen, weil abgegebenen Stimme zur kontinuierlich erhobenen Stimme von Bürgern, zur Teilhabe stellen drei

Ankerpunkte einer Diskussion um die Zukunft unserer Demokratie und um die Form des Zusammenlebens und Entscheidens in dieser dar. Dazu einige Beispiele:

Seit über 15 Jahren trägt der Verwaltungskongress »Effizienter Staat« zur Staatsmodernisierung Deutschlands bei, indem dort Innovationen und Reformkonzepte für das Verwaltungshandeln vorgestellt und diskutiert werden. Der 15. Kongress widmete sich in Vorträgen, Podiumsdiskussionen und 18 Fachforen im April 2012 der »Perspektive Mitmach-Staat: Staatsmodernisierung zwischen Effizienz und Partizipation«. Zugleich wurde dort erneut der Preis für Online-Partizipation vergeben. Die Themen reichten von Energiewende & Co.: Bürgerbeteiligung bei Infrastrukturprojekten über Kommunale Prozessoptimierung im Netzwerk bis hin zu Social-Media-Leitfäden für die Verwaltung und E-Identität / E-Government.

Im 2013 geschlossenen niedersächsischen Koalitionsvertrag »Erneuerung und Zusammenarbeit« zwischen Bündnis90/Die Grünen und der SPD erteilen die Regierungspartner einem »obrigkeitsstaatlichen Politikstil« eine Absage: »Wir setzen dagegen auf Gemeinwohlorientierung statt auf Klientelpolitik und wir glauben an die Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft«. Sie wollen kontinuierliche Beteiligung ermöglichen und Transparenz herstellen. Neben der Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements als spezieller Aufgabe wird in einer Reihe von Politiksbereichen auf die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen und bürgerschaftlichen Engagements eingegangen. So sollen zum Beispiel die Kulturfachverbände, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur und kleinere Kulturinitiativen wieder stärker in die Vergabe von Fördermitteln eingebunden werden, um, zusammen mit kulturellen Investitionen in ländliche Räume und »kulturelle Teilhabe für Alle« zu ermöglichen.

Am 13. Juni 2012 beschloss die Hamburger Bürgerschaft ein umfassendes Transparenzgesetz. Danach müssen Politik und Verwaltung in Zukunft Dokumente von öffentlichem Interesse unaufgefordert und kostenfrei im Internet zugänglich machen. Dazu zählen Senatsbeschlüsse, Gutachten, öffentliche Pläne, Geodaten, Subventionsvergaben und Bau- bzw. Abrissgenehmigungen. Veröffentlichungspflichtig sind auch alle Verträge über 100.000 Euro, die im weitesten Sinne die öffentliche Daseinsvorsorge betreffen. Wesentliche Unternehmensdaten städtischer Beteiligungen inklusive der jährlichen Vergütungen und Nebenleistungen der Leitungsebene sind ebenfalls zu veröffentlichen. Damit wurden Hauptforderungen der Volksinitiative »Transparenz schafft Vertrauen« von den Abgeordneten aus allen Bürgerschaftsfraktionen übernommen. Ein geplantes Volksbegehren, das der Hamburger Mehr Demokratie-Landesverband zusammen mit Transparency International und dem Chaos Computer Club initiiert hatte, wurde damit überflüssig. Unterstützt wurde die Vorbereitung einer Volksinitiative von Piratenpartei, ödp, Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, attac und Omnibus für direkte Demokratie.

Wie in jeder Debatte gibt es dabei auch den Versuch, über neue Begriffe sich politisch abzugrenzen. So sieht MdB Harald Koch, Bundestagsfraktion Die LINKE als Ziel an, auf der kommunalen Ebene Solidarkommunen mit Bürgerhaushalten zu schaffen, die angemessen ausfinanziert sind: »Wir verstehen darunter jedoch nicht die neoliberale Bürgerkommune: Denn darin erledigen die Einwohnerinnen und Einwohner das, was die Kommune nicht mehr leisten kann - ohne Geld und ohne Einfluss auf die politischen Entscheidungen.«^{viii} Zu einer Solidarkommune mit umfassenden direktdemokratischen - aber auch parlamentarischen - Strukturen, Bürgerforen, Bürgerhaushalten und vielem mehr gehöre eine wirksame Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Dabei bleibt die Debatte und veränderte Praxis nicht auf der Ebene der Kommunen stehen. So startete am 11. Dezember 2012 im Thüringer Landtag ein Modellprojekt zur Bürgerbeteiligung bei parlamentarischen Gesetzesvorhaben. Thüringen ist damit das erste Bundesland, das eine Bürgerbeteiligung zu Gesetzesvorhaben in Regie des Landtages anbietet. In anderen Ländern gibt es ähnliche Foren, wie zum Beispiel in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, die aber von der Exekutive gesteuert werden. Das Modellprojekt wurde von »Mehr Demokratie-Landesverband Thüringen« Anfang 2010 in die Diskussion gebracht. Über das »Diskussionsforum« kann sich künftig jeder Bürger mit Kritik und Anregungen zu Wort melden, damit nicht nur die Stellungnahmen von Lobbygruppen in Gesetzesberatungen, sondern auch die Anliegen von Bürgern einfließen, die nicht in Interessengruppen organisiert sind. Die erste aktive Diskussion lief online zum Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes.

Ob nun Mitmach-Staat, Transparenzgesetze, Gestaltungskraft der Zivilgesellschaft, Bürger- oder Solidarkommune sowie Teilhabe für Alle: Diese Vorgänge betreffen auch Bibliotheken und das Ehrenamt in ihnen, denn die Brücken zur Zivilgesellschaft werden wichtiger werden, die Ansprüche an die Transparenz des Bibliotheksverwaltungshandelns werden wachsen und ebenso die kritischen Nachfragen teilhabeorientierter Bürger, warum dieses oder jenes getan oder eben nicht getan wird. Die oben im 2. Teil referierte Aussage der überwältigenden Mehrheit von Bibliotheken mit Ehrenamtlichen, dass durch Ehrenamtliche Brücken zur Zivilgesellschaft hergestellt würden, macht aus der Entscheidung für oder gegen Ehrenamt in Bibliotheken ein weitreichendes strategisches Thema.

III: Infrastruktur für BE, Zivilgesellschaft und Demokratie

Seit vielen Jahren grassieren die Krankheit Projektitis und der Wunsch ständig neu anfangen zu können. Auch darauf sind die Worte der Bundeskanzlerin gemünzt, wenn sie wie oben zitiert bemerkt: „Wir lernen Schritt für Schritt, dass auch Ehrenamt, Selbstorganisation und Freiwilligkeit einer gewissen Grundstruktur bedürfen.“ Tatsächlich sind viele Strukturen im Feld der Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch ein hohes Maß an Prekarität und permanentem Projektezwang geprägt. Infrastrukturen brauchen verlässliche Mittelausstattungen über längere Zeiträume, und zwar gerade auch für die banalen, ganz und gar unspektakuläre Dinge, wie beheizte Räume und Technik oder Personen, die die Verwaltung gewährleisten. Im Feld des bürgerschaftlichen Engagements kommt das Bewusstsein hinzu, dass dieses Engagement umso besser und effektiver positiv wirken kann, wenn es durch Hauptamtliche unterstützt wird.

So haben Netzwerke der mittlerweile gut 50.000 Paten und Mentoren in einer gemeinsamen Presseerklärung anlässlich des Kongresses „Patenschaften brauchen Partnerschaften“ mit Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder und der Bundesintegrationsbeauftragten Prof. Dr. Maria Böhmer am 19. und 20. März 2013 in Berlin auf die Gefahren für dieses Engagement hingewiesen. Sie fordern ausdrücklich ein Ende der „Projektitis“ und den Aufbau verlässlicher Infrastrukturunterstützung, damit den Paten und Mentoren nicht die Luft ausgeht.^{ix} Ähnlich heißt es in einem Vortrag des renommierten Engagementpolitikers Serge Embacher, gehalten im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen anlässlich der Abschluss- und Perspektivtagung des Projekts „Zukunftsfaktor Bürgerengagement“: „Damit dieses Programm sich gut entfalten kann, bedarf es freilich systematischer Förderstrategien, die bislang so gut wie nirgends zu erkennen sind.“

Bis heute herrscht die viel und zu Recht beklagte „Projektitis“ vor: Bürgerschaftliche Projekte werden für drei Jahre gefördert, um danach als Projektruinen die Landschaft zu verzieren.“^x

Auch der Bundespräsident hat jüngst auf diesen Zusammenhang prägnant hingewiesen:

„Die alten Gegensätze - hier der Staat, dort die Zivilgesellschaft, hier die Hauptamtlichen, dort die Ehrenamtlichen -, sie führen uns nicht weiter. Was wir brauchen, ist eine bessere Verzahnung von öffentlicher Hand und freiwilliger Tat. Manchmal helfen schon eine Teilzeitstelle und ein Telefon, um die große Bereitschaft zur Hilfe sinnvoll zu strukturieren und mit einer kleinen Struktur zu stützen.“^{xi}

Damit ergibt sich zum Abschluss eine interessante Perspektive für das Thema Ehrenamt in Bibliotheken. Es könnte ja dabei nicht nur um Ehrenamt gehen, dass Bibliotheksarbeit ergänzt, unterstützt oder trägt, sondern auch darum, dass sich Bibliotheken als Infrastrukturorte und Einrichtungen mit Anderen verbinden und verbünden, um bürgerschaftliches Engagement, „um die große Bereitschaft zur Hilfe sinnvoll zu strukturieren und mit einer kleinen Struktur zu stützen“ – und um zu unterstreichen, dass Bibliotheken als Orte des Managements von Informationen, Begegnungen, Bildung und Kultur für eine lebendige, gut informierte und auf Teilhabe möglichst Vieler beruhenden Bürgergesellschaft von besonderer Wichtigkeit sind.

ⁱ Es handelt sich bei diesem Text um die nachträgliche Ausarbeitung des bei der Tagung der Managementkommission gehaltenen Vortrags. Der zweite, empirische Teil beruht auf dem Text „Ehrenamt in Bibliotheken“, erschienen in: Rainer Sprengel, Empirische Studien zur Zivilgesellschaft, Stiftungen, Bibliotheken, Internet. Berlin: Maecenata Institut, 2012 (Opusculum; 50), URN: urn:nbn:de:0243-122011op503. Im dritten Abschnitt greife ich auch auf meine Berichterstattung zu aktuellen engagementpolitischen Themen im Newsletter des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement zurück.

ⁱⁱ Bericht, Opladen: Leske & Budrich, 2002, S. 90.

ⁱⁱⁱ Vgl. BE in Rheinland-Pfalz: Regierungserklärung von MP Malu Dreyer, in: BBE-newsletter, Nr. 3, 8. Februar 2013, <http://www.b-b-e.de/index.php?id=14876#19825>, mit Link zur Regierungserklärung

^{iv} Vgl. Ehrenamtsstärkungsgesetz im Bundestag beschlossen, in: BBE-newsletter, Nr. 3, 8. Februar 2013, <http://www.b-b-e.de/index.php?id=14876#19830>, mit Link zur Bundestagsdebatte

^v Für die Vorbereitung eines überarbeiteten Positionspapiers berief der Vorstand des dbv eine Arbeitsgruppe unter Leitung der scheidenden Vorsitzenden des Verbandes, Prof. Dr. Gabriele Beger, Direktorin der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg. An der AG-Arbeit nahmen Ralph Deifel, Claudia Lutz, Leoni Heister, Harald Pilzer, Barbara Schleichagen, Gerald Schleiwiess, Rainer Sprengel und Brigitta Wühr teil.

^{vi} Tabelle aus: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.); Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004, Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung in Ehrenamt, Freiwilligkeit und bürgerschaftlichem Engagement, Langfassung, Berlin, München, 2005, S. 77. Vgl. zum Survey 2009: TNS Infratest Sozialforschung, Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und Bürgerschaftlichem Engagement, München 2010.

^{vii} http://www.dfv.org/fileadmin/dfv/Dateien/Verband/Programm_DFV_2020_Strategien_fuer_eine_sichere_Zukunft_.pdf, S. 17

^{viii} Vgl. Gastbeitrag von Harald Koch, MdB, in: BBE-newsletter, 5/2013, http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/03/nl05_gastbeitrag_koch.pdf (49 kB)

^{ix} Vgl. http://school2work.denkwerkstatt-jugendmentoring.de/wordpress/wp-content/uploads/2013/03/1301318_PM_Bundeskongress.pdf. Unterzeichnet wurde die Erklärung von der Denkwerkstatt JugendMentoring e.V., Mentor-Institut e.V. (i.G.), Mentor.Ring Hamburg e.V., Netzwerk AusbildungsPatenProjekte NRW, Netzwerk Berliner Kinderpatenschaften e.V., Netzwerk Familienpaten Bayern, Netzwerk Patenschaften Hessen, Patenschaftsnetzwerk Halle und Patenschaften aktiv e.V.

^x Vgl. BBE-newsletter, 6/2013, http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2013/03/nl6_gastbeitrag_embacher.pdf

^{xi} Bundespräsident Joachim Gauck, Rede zur Verleihung des Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland zum Tag des Ehrenamtes an 27 Bürgerinnen und Bürger für ihr ehrenamtliches Engagement am 3. Dezember 2013, <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2013/01/04-1-bpr-neujahr-buerger.html?nn=392138>